



Für ein gerechtes Budget Sozialen Absturz verhindern und vermeiden

Mögliche Gegenfinanzierungen für ein Budget, das nicht auf Kosten der Ärmsten geht

Das bisherige Sparpaket belastet die Ärmsten viel stärker als die Reichsten. Um 1,1 % verringert es im reichsten Zehntel der Bevölkerung das Einkommen, um 3,3 % aber im ärmsten Zehntel. (*Budgetdienst des Parlaments*)

In den letzten Budgetkonsolidierungen der Jahre 2000 und 2011 betrug das Verhältnis zwischen **Einnahmen und Ausgaben ungefähr 50:50**. In diesem Budget sind es nur ein Drittel bei den Einnahmen, dafür zwei Drittel bei den Ausgaben.

Sparpakete schaden der Konjunktur mehr oder weniger. Je nach Maßnahme. Die Herausforderung ist, die **Konjunktur nicht abzuwürgen**, sondern **Impulse zu setzen**, die **Arbeitslosigkeit nicht zu erhöhen**, sondern ihrem Anstieg entgegenzuwirken, die **Schere zwischen Arm und Reich nicht zu vergrößern**, sondern noch Investitionen für die schmerzhaften Lücken im Sozialstaat bereit zu stellen. Gerade wenn die Konjunktur einbricht, sind kluge Investitionen und soziale Sicherheit wichtig.

Wie das Budgetdefizit verringert wird, ist kein unveränderliches Naturschauspiel, sondern das **Ergebnis vieler Möglichkeiten und Entscheidungen**.

Deshalb „Jetzt das Richtige tun“: Gegenfinanzierungen nützen, um soziale Sicherheit zu stützen. Und sozialen Absturz zu verhindern und zu vermeiden.

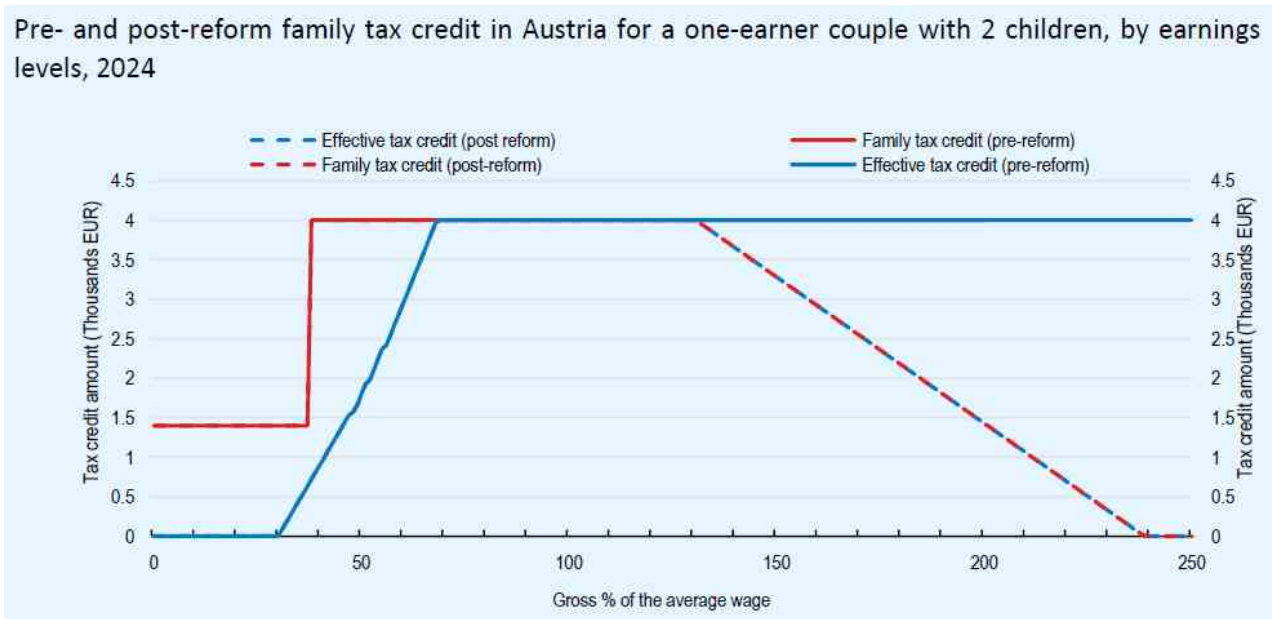
Es ist nicht notwendig, im Budget die Ärmsten zu drangsalieren, Menschen mit kleinen Einkommen weiter zu belasten oder hilfreiche Sozial- und Gesundheitsprojekte zu kürzen. Auf all diese Quälereien kann man verzichten.

Familienbonus fairer gestalten

Oberhalb einer Einkommensgrenze wird der Familienbonus linear reduziert. Die Abschmelzrate beträgt 6 % des zusätzlichen Einkommens oberhalb der Schwelle. Formal lässt sich dieser Mechanismus wie folgt darstellen: Die verbleibende Leistung entspricht der ursprünglichen Leistung abzüglich 6 % der Differenz zwischen dem tatsächlichen Einkommen und der definierten Einkommensgrenze. Mit steigendem Einkommen sinkt der Anspruch somit kontinuierlich, bis der Family Tax Credit (Familienbonus) bei sehr hohen Einkommen vollständig entfällt.



Pre- and post-reform family tax credit in Austria for a one-earner couple with 2 children, by earnings levels, 2024



Quelle: OECD Economic Surveys: Austria 2026

Die zentrale Mechanik dieser Reform basiert auf einer einkommensabhängigen Abschmelzung des Familienbonus. Der soziale Ausgleich beginnt ab einer definierten Einkommensgrenze von beispielsweise 130 % des durchschnittlichen Jahreslohns. Für Haushalte unterhalb dieser Schwelle ergeben sich keinerlei Veränderungen, wodurch sichergestellt wird, dass niedrige und mittlere Einkommen weiterhin vollständig vom bestehenden Familienbonus profitieren.

Abbildung: Auf der horizontalen Achse wird das Einkommen relativ zum Durchschnittslohn dargestellt, während die vertikale Achse die Höhe des Familienbonus zeigt. Vor der Reform verläuft die Kurve weitgehend konstant, was verdeutlicht, dass der Bonus unabhängig vom Einkommen gewährt wird. Nach der Reform hingegen bleibt die Kurve zunächst unverändert, beginnt jedoch ab der Schwelle von 130 % des Durchschnittseinkommens linear zu sinken. Dieser kontinuierliche Rückgang setzt sich fort, bis die Leistung bei hohen Einkommen vollständig auf null reduziert ist.

Ökonomisch betrachtet führt diese Reform zu einer Erhöhung der Progressivität. Während zuvor auch besonders einkommensstarke Haushalte vom Familienbonus profitierten, wird die Leistung nun stärker auf niedrigere Einkommensgruppen konzentriert. Gleichzeitig ergeben sich fiskalische Einsparungen, da hohe Einkommen schrittweise aus dem Bezug herausfallen. Diese frei werdenden Mittel könnten weiters unteren und mittleren Einkommen zu Gute kommen.



Umweltschädliche Subventionen verringern

- Dienstwagenprivileg: 500 Mio Euro
- Stellplatz Verpflichtung: 1 Mrd Euro

Quelle Finanzministerium, WIFO

Grundsteuer anpassen

Anpassung der seit den 1970er Jahren nicht erhöhten Grundsteuer: 800 Mio Euro

Quelle: Fiskalrat

Bankenabgabe

Nicht auslaufen lassen, sondern für Gegenfinanzierung nützen

- Plus 300 Mio Euro

Erbschafts- und Vermögenssteuer

Krisenbeitrag der Reichsten

- Erbschaftssteuer: 800 Mio Euro
- Vermögenssteuer: 1 Mrd Euro

Quelle: Fiskalrat

Gefährlicher Wettlauf: Wer ist am widerlichst zu den Ärmsten?

Zwischen den Bundesländern ist ein gefährlicher Wettlauf entstanden: Wer ist am widerlichst zu den Ärmsten und wer tritt am ärgsten „nach unten“?

Die Sozialhilfenovellen in der Steiermark und in Oberösterreich verschärfen Armut statt sie zu bekämpfen, verstoßen gegen Gleichheits- und teils gegen Verfassungsrecht. Die Streichungen treffen alle, auch wenn die politisch Verantwortlichen das zu verschleiern versuchen: Kürzung der Wohnkostenpauschale, des Bonus für Alleinerziehende sowie des Behindertenzuschlages. Gekürzt werden die Leistungen für Menschen mit Behinderungen gleich doppelt, da sich der Zuschlag in Höhe von 18 Prozent vom Höchstsatz berechnet.

In Wirklichkeit braucht es Mindeststandards in einer Leistung, die das letzte soziale Netz



bedeutet. Auch in Wien kommt es zu einer Halbierung der Sonderzahlung für Dauerleistungsbezieher:innen, was Menschen mit Behinderungen, psychischer Erkrankung und Pensionist:innen betrifft. In Salzburg fallen Lehrstellen für Jugendliche mit Behinderung wegen Sparmaßnahmen weg, auch die Community Nurses werden eingeschränkt.

Der Mangel beim einen wird dafür durch einen Überschuss beim anderen ausgeglichen: es kann gar nicht genug an Gemeinheiten, Vorurteilen, Pauschalverunglimpfungen, Abwertung und Verachtung gegenüber Menschen „ganz unten“ geben.

Hier setzt das große Treffen der Armutskonferenz an: Sie untersucht die Mechanismen, die Armut individualisieren und Betroffene beschämen – und sucht gemeinsam nach Lösungen. Im Mittelpunkt steht die Forderung, Armut konsequent zu bekämpfen – und nicht die Armen.

→ Stopp der Kürzungen und der Maßnahmen gegen Armutsbetroffene.

Armut bekämpfen, nicht die Armen!

Folgekosten: Verschlechterungen im Sozialen schlagen sich direkt in teuren Folgekosten nieder. Das Fehlen dieser Angebote wird Folgekosten erzeugen, die alles andere als billig sind: weniger Krisenintervention, weniger Integration, weniger Wohnsicherung, weniger Jugendausbildung. Die Folgekosten, die bei Delogierung, Obdachlosigkeit, Kinder- und Jugendhilfe, Schuldenberatungen etc. aufschlagen, werden unterschätzt. Kinderarmut kostet die Volkswirtschaft 17 Milliarden Euro im Jahr, berechnete die OECD, Schulabbruch 1,1 Milliarden, so die Universität Linz.

Der Sozial- und Gesundheitsbereich hat gerade in der Krise eine auch ökonomisch stabilisierende Funktion, weil er Teilhabe sichert und Nachfrage über den Konjunkturzyklus bereitstellt. Soziale Dienstleistungen wirken als „automatische“ Stabilisatoren. Soziale Dienste sind auch deshalb konjunkturell interessant, weil sie regional und in strukturschwachen Regionen Jobs schaffen.

Jetzt das Richtige tun: Sozialen Absturz verhindern und vermeiden

Bausteine für ein Österreich ohne Armut

Als Bausteine sozialer Sicherheit führte die Armutskonferenz das Schließen der Therapielücke, eine Gesundheitsverträglichkeitsprüfung, Einführung einer Unterhaltsicherung und leistbaren gemeinnützigen Wohnbau an. Als Ansatzpunkte im Regierungsprogramm nannte die Armutskonferenz den Sozialtarif bei Energie, den Chancenbonus in der Schule, die Mietpreiskontrolle, die Zweckwidmung der Wohnbauförderung und die Kindergrundsicherung.



1. Für ein Österreich ohne Armut

Zukunftsinvestitionen in Kinderbetreuung, Wohnen, Pflege und Gesundheit: hilft Konjunktur, Arbeitsplätzen und den Betroffenen. „Golden Rule“ auf europäischer Ebene etablieren.

2. Für ein Österreich ohne krankmachende Lebensbedingungen

Einführung einer Gesundheitsverträglichkeitsprüfung. Gesetze, Maßnahmen und Verordnungen sollen auf ihre Folgen überprüft werden, besonders in ihren Auswirkungen auf Menschen mit wenig Einkommen und sozialer Benachteiligung.

3. Für ein Österreich ohne Lücken in der Gesundheitsversorgung

Betroffene, Peers, Genesungsbegleiter:innen bekommen einen selbstverständlichen Platz in der Gesundheitsversorgung. Ausbau von Social Prescribing, aufsuchender mobiler Arbeit und kassenfinanzierter Therapieplätze. Ansatzpunkte Regierungsprogramm: Ausbau Therapieplätze, Social Prescribing, Primärversorgung.

4. Für ein Österreich ohne Kinderarmut

Unterhaltsvorschuss zu Unterhaltssicherung ausbauen. 36 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden müssen gänzlich ohne Unterhaltszahlungen oder Ersatzleistungen auskommen. Ansatzpunkte Regierungsprogramm: Unterhaltsgarantiefonds, Kindergrundsicherung.

5. Für ein Österreich ohne Barrieren

Schlechte Sozialhilfe verhindert, dass Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Die Pflicht zur Unterhaltsverfolgung von Kindern mit Behinderung gegenüber ihren Eltern mit dem 25. Lebensjahr begrenzen.

6. Für ein Österreich ohne Bildungsarmut

Rasche und flächendeckende Einführung des „Chancenbonus“ für sozial benachteiligte Schulstandorte. Teilt Mittel zu, mit dem die Schulen Unterrichtsqualität und Unterstützung verbessern können. Ansatzpunkt Regierungsprogramm: Chancenbonus.

7. Für ein Österreich ohne Energiearmut

Einführung einer Energie-Grundsicherung, die den Grundbedarf an Energie für alle Menschen sicherstellt. Ansatzpunkte Regierungsprogramm: Sozialtarife, Energiepreis.



8. Für ein Österreich ohne Wohnungsnot

Mehr günstigen leistbaren Wohnraum und mehr Investitionen in den öffentlichen und gemeinnützigen Wohnbau: Ansatzpunkte Regierungsprogramm: Zweckwidmung Wohnbauförderung, Bau- und Sanierungsoffensive, Mietpreisbremse.

9. Für ein Österreich ohne soziale Klimaschäden

Klimabonus einkommensabhängig gestalten: Durch einen sozialen Klimabonus wird die stärkere Belastung ärmerer Haushalte durch CO2 Steuer ausgeglichen.

10. Für ein Österreich ohne rechtliche Willkür

Verfassung um soziale Menschenrechte vervollständigen. Unser Grundrechtskatalog bleibt eine halbe Sache, wenn nicht auch die sozialen Existenzgrundlagen abgesichert werden. Anknüpfungspunkt Regierungsprogramm: Verfassungskonvent.